



Demonstrierende Kollegen besuchten den Sitzungssaal des Hütten-Aufsichtsrats und zahlten für Getränke mit kleiner Münze

Hoesch-Dortmund

Der Kahlschlag der Hüttenwerke beginnt

Mit den Stimmen der Arbeitnehmervertreter hat der Hoesch-Aufsichtsrat am 29. Mai ein »Sanierungskonzept« beschlossen, das mindestens 8000 Arbeitsplätze kosten wird. Mit einem Investitionsaufwand von insgesamt 2,7 Mrd. DM sollen danach stufenweise die Werke Union und Phoenix stillgelegt, die Produktionsstätten auf einen einzigen Standort — die Westfalenhütte — konzentriert und zugleich neue, moderne Werksanlagen errichtet werden. Die Rohstahlkapazitäten in Dortmund werden dadurch von ehemals 7,2 Mio. t auf rund 4 Mio. t jährlich gesenkt, und die Belegschaft wird schließlich auf 13.000 Beschäftigte schrumpfen.

Einzelheiten des »Sanierungskonzepts«:

- In der ersten Phase zwischen 1981 und 1983 wird eine »Produktionalisierung« durchgeführt, der insbesondere die Mittelleisenstraße auf Union und die Grobblechstraße auf Phoenix zum Opfer fallen werden. Gleichzeitig soll auf der Westfalenhütte eine Durchlaufglühe zur Herstellung noch dünnerer Autobleche errichtet werden. Im Zuge dieser Maßnahmen müssen bereits 3550 Arbeitskräfte »freigesetzt« werden.

- In der zweiten Phase von 1982 bis 1983 sollen das letzte SM-Werk (Siemens-Martin-Verfahren, heute technisch veraltet), das kleine Elektrostahlwerk und die Halbzeugstraße auf der Westfalenhütte stillgelegt werden. Zum Ausgleich für diese »Halbzeugrationalisierung« muß dementsprechend mehr Vormaterial aus Holland von Hoogovens in Ijmuiden angeliefert werden (von gegenwärtig 0,5 Mio. t auf über 1 Mio. t jährlich), um die Dortmunder Walzkapazitäten ausfahren zu können.¹ Insgesamt sollen dadurch weitere 2500 Arbeitsplätze eingespart werden.

- In der dritten Phase zwischen 1984 und 1987 soll die »Standortrationalisierung« abgeschlossen werden, d. h. die Werke Union und Phoenix werden endgültig stillgelegt. Für die Blockstraße auf Union und das Blasstahlwerk auf Phoenix, die damit entfallen, sollen allerdings zum Ersatz auf der Westfalenhütte ein neues Oxygenstahlwerk mit einer Stranggußanlage und eine neue Grobblechstraße errichtet werden. Noch einmal 1500 Arbeitsplätze werden dadurch abgebaut.

Noch bis Anfang Mai war der erforderliche Investitionsaufwand für die anstehende »Sanierung« von Hoesch auf 1,5 Mrd. DM beziffert worden. Inzwischen wird die Gesamtsumme schon mit 2,7 Mrd. DM veranschlagt. Innerhalb weniger Wochen hat sich damit der finanzielle Rahmen fast verdoppelt, und es ist deshalb keineswegs ausgeschlossen, daß er im Zuge der »Sanierung« noch weiter anwachsen wird.

Bund und Land sollen allein 1,6 Mrd. DM beisteuern, um die »Sanierung« von Hoesch zu finanzieren. Hoesch selbst will die restlichen 1,1 Mrd. DM aus erwirtschafteten Eigenmitteln (dem »cash flow«) aufbringen. Der Vorstand hofft jedenfalls, aus den roten Zahlen herauszukommen und die Ertragskraft im erforderlichen Umfang anzuheben, sobald sich Hoesch von seinen »Verlustbringern« getrennt hat. Die erste Sanierungsstufe bis Ende 1983 (Phase 1 und 2) soll also vollständig aus Steuermitteln bestritten werden, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Rumpfhütte genügend Eigenmittel erwirtschaftet, die nach 1983 für die Neuinvestitionen zur Verfügung stehen sollen.

Im einzelnen ergibt sich folgender Finanzierungsplan:

Ausgaben bis Ende 1983

● Sozialplan	0,30 Mrd. DM
● Rationalisierung	0,65 Mrd. DM
● neue Durchlaufglühe	0,25 Mrd. DM

Ausgaben zwischen 1984 und 1987

● neues Blasstahlwerk	1,10 Mrd. DM
● neue Grobblechstraße	0,40 Mrd. DM

Was ist von dem »Sanierungsplan« zu halten?

Die Auseinandersetzung, an deren Anfang noch die Forderung »Stahlwerk jetzt« gestanden hatte (vgl. die Beilage zur Arpo 2/3, 1981), hat die Konzernleitung zweifellos für sich entscheiden können, denn die auslaufenden SM-Werke werden ersatzlos gestrichen, und nur für das Blasstahlwerk auf Phoenix wird überhaupt noch ein Ersatz in Aussicht gestellt. Angesichts der Niederlage der Hoesch-Belegschaft versucht der Betriebsrat aber trotzdem gedämpften Optimismus zu verbreiten und klammert sich dabei an die Hoffnung, nach dem »bitteren Personalschnitt« zumindest einen wirtschaftlich gesunden Kernbetrieb in Dortmund zu erhalten. Der Betriebsratsvorsitzende meinte deshalb zum Aufsichtsratsbeschuß: »Mehr war nicht drin. Unsere Chance besteht darin, daß weltweit der Stahlbedarf steigt, daß wir Qualitätsstahl produzieren. Das neu entstehende Oxygenstahlwerk mit Strangguß wird zu den modernsten Anlagen der Welt gehören« (Die Neue vom 5. 6. 1981).

Die Kommunalpolitiker, die IG Metall und der Betriebsrat trösten sich zwar noch damit, wenigstens die Stahlbasis in Dortmund erhalten zu haben, aber was von den Versprechungen des Hoesch-Vorstands, in ein neues Stahlwerk zu investieren, tatsächlich zu halten ist, haben die vergangenen Jahre schon zur Genüge gezeigt. Es spricht alles dafür, daß die Rohstahlerzeugung in Dortmund Mitte der 80er Jahre völlig ausgetrocknet wird und daß die Hoesch-Hüttenwerke allmäh-

¹ Ob Hoogovens dieser Verpflichtung nachkommt, bleibt zweifelhaft, weil es derzeit schon Vormaterial nach Brasilien liefert, um einen günstigeren Preis zu erzielen. Union bekommt z. Z. bereits zu wenig und zudem minderwertigeres Vormaterial aus Holland.

lich in eine »Kaltwalzwerk AG« umgewandelt werden, die nur noch auf die Weiterverarbeitung angelieferter Vorprodukte zugeschnitten ist. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß mehr Arbeitsplätze vernichtet werden, als heute offiziell angenommen wird, daß also die gesamte Belegschaftsstärke in den kommenden Jahren noch unter 13.000 absinkt.

Der wundeste Punkt im »Sanierungskonzept« beginnt schon bei der Finanzierung: Die öffentlichen Mittel sind bis heute weder fest zugesagt, noch besteht Anlaß anzunehmen, daß sie jemals im gewünschten Umfang voll zur Verfügung stehen werden. Wegen der angespannten Haushaltslage wird schon jetzt offen von einem Subventionsabbau gesprochen, um den staatlichen Schuldenberg nicht weiter anwachsen zu lassen, und es zeichnet sich ab, daß im kommenden Herbst, wenn über den Bundeshaushalt für 1982 beraten wird, auch Abstriche an den Subventionswünschen von Hoesch vorgenommen werden. Davor schützen selbst die Drohgebärden nicht, mit denen die Sozialdemokraten am Ort »ihrer« Bundesregierung gegenüber zur Zeit auftreten: »Wenn die Politiker jetzt versuchen, uns zu verarschen, dann werden sie sich über die heimliche Hauptstadt der Sozialdemokratie noch wundern. Dann wird es hier einen Trubel geben, dagegen war Brokdorf gar nichts« (Welt der Arbeit vom 4. 6. 1981).

So hilfsbereit sich Bund und Land trotz einschneidender Sparmaßnahmen auch gerne zeigen würden, um mit »Befriedigungsgeldern« in Dortmund einzuspringen, so sehen sie sich doch gleichzeitig einer ganzen Lawine gegenüber, weil nicht nur Hoesch, sondern auch die anderen Stahlkonzerne beide Hände aufhalten. Auch Krupp will seine Umstrukturierung nicht allein aus eigener Tasche zahlen, und Thyssen fordert unverblümt: »Uns steht als dem größten deutschen Stahlhersteller der doppelte Betrag dessen zu, was Hoesch bewilligt wird« (Westdeutsche Allgemeine vom 12. 6. 1981). Wollte der Staat allen Wünschen nachkommen, müßte er mindestens 6 bis 7 Mrd. DM ausschließlich für die Stahlindustrie zusätzlich bereitstellen. Das widerspricht nicht nur seinen Haushaltsplanungen, sondern läuft auch den deutschen Bemühungen zuwider, innerhalb der EG auf eine Verringerung staatlicher Beihilfen zu drängen. Selbst Teile seiner Finanzwünsche wird deshalb Hoesch nur dann erfüllt bekommen, wenn politischer Druck dahintersteht. Aus diesem Grund beschwor die IG Metall ihre Vertrauensleute bei Hoesch auch eindringlich, »daß die Schwierigkeiten nach der Verabschiedung des schmerzreichen Vorstandskonzept 'jetzt erst anfangen'. Nicht Ruhe, sondern Unruhe sei 'nach wie vor die erste Bürgerpflicht'« (Westfälische Rundschau vom 17./18. 6. 1981).

Aber selbst angenommen, der Staat finanziere die erste Sanierungsstufe bei Hoesch und die Belegschaft hätte wieder einmal eine personelle Vorleistung erbracht, wird Hoesch seine eigene Zusage für die zweite Stufe überhaupt nicht einhalten können. Um ab 1984 mit dem Stahlwerksneubau zu beginnen, müßte sich nämlich Hoesch schon soweit »saniert« haben, daß es aus eigenen Mitteln 1,1 Mrd. DM aufbringen könnte. Spätestens an diesem Punkt kommen sogar bürgerlichen Finanzexperten Zweifel am vorliegenden »Sanierungskonzept«: »Es erfordert so hohe Ergebnisverbesserungen, daß diese bei der jetzigen Estel-Situation kaum vorstellbar sind« (Handelsblatt vom 5./6. 6. 1981).

Schon seit Jahren klagt Hoesch über seine roten Zahlen, und allein 1980 wurden Bilanzverluste von täglich 1 Mio. DM verzeichnet. Die Selbstfinanzierungskraft sank in einem Ausmaß ab, daß es mehr als unwahrscheinlich ist, wenn sich innerhalb kürzester Zeit eine Kehrtwende herbeiführen ließe. Es kommt aber noch hinzu, daß sich die geplanten Neuinvestitionen finanziell kaum rentieren würden, denn sollte die »sanierte« Rumpfhütte »eine vertretbare Rendite abwerfen, so müßten in Dortmund nach 1987 jährlich mindestens 600 Mill. Gulden mehr Cash-flow erwirtschaftet werden als heute« (Handelsblatt vom 5./6. 6. 1981). D.h. selbst wenn Hoesch seinen Eigenanteil widererwarten doch aufbringen könnte, würden kaum ausreichende Gewinne zu erwarten sein, die eine solche Investition für das Kapital erst lohnenswert machen könnten. Da Hoesch ungewöhnlich stark verschuldet ist, werden die Kreditinstitute stattdessen darauf drängen, daß die Schulden allmählich abgetragen werden, die schon heute eine Höhe von 5,4 Mrd. DM erreicht haben. Der Einspruch der Großbanken, die eher ihr Geld zurückfordern werden, als es in unprofitable Anlagen zu investieren, wird also die zweite Sanierungsstufe rasch zu Fall bringen.

Strukturdaten der Hoesch-Hüttenwerke

	1977	1978	1979	1980	1981
Rohstahlerzeugung (Mio. t)	4,794	5,076	5,977	5,179	5,124 (geplant)
Rohergebnis (Mio. DM)	- 382	- 261	- 150	- 346	- 297
Abschreibungen (Mio. DM)	190	200	194	248	174
Investitionen (Mio. DM)	210	104	60	55	73
cash flow (Mio. DM) ²	- 172	- 15	+ 252	- 32	- 65
Personal (31. 12.)	24.440	23.615	23.529	21.419	19.500

Vom »Sanierungsplan« bleibt schließlich nicht mehr übrig als die Demontage eines Großteils der Hüttenwerke bis Ende 1983 auf Kosten der »öffentlichen Hand«. Aber trotz der Vorleistung, daß wieder einmal tausende Arbeitsplätze abgebaut werden, wird der Hoesch-Vorstand — wie schon im letzten Jahr — seine eigene Zusage zuletzt doch noch zurückziehen. Auch Verträge³ werden dann den Stahlwerksneubau nicht erzwingen können, während das Blasstahlwerk auf Phoenix inzwischen kaputtgefahren wird und Mitte der 80er Jahre ausgemustert werden muß, so daß schließlich in Dortmund kein Stahl mehr gekocht wird.

Entlassungen stehen bevor

Hoesch hat es auf jeden Fall erreicht, daß der Baubeginn für ein neues Stahlwerk erneut auf einen späteren Zeitpunkt vertagt worden ist. Dagegen werden auf der anderen Seite schon sehr bald rund 6.000 Arbeitsplätze in einem Zeitraum von nur 21/2 Jahren abgebaut. Zwar wird vom Betriebsrat hervorgehoben, daß nach dem Aufsichtsratsbeschuß Entlassungen »vom Grundsatz her« ausgeschlossen sind, aber einschränkend gilt dieser Grundsatz nur solange, wie die vorrangigen Personalmaßnahmen (vorzeitiges oder freiwilliges Ausscheiden und Umsetzungen) ausreichen, um den Belegschaftsabbau zu bewältigen. Selbst bei optimistischen Annahmen zeichnet sich jedoch schon heute ab, daß bei einem »sanften Abbau« nicht mehr stehengeblieben werden kann und Massenentlassungen bevorstehen.

Durch den Beschäftigtenabbau der letzten anderthalb Jahre ist die Belegschaft schon weitgehend »ausgedünnt«. Bereits im November 1980 mußte der Vorstand deshalb feststellen: »Das Potential der Mitarbeiter, die 59 Jahre und Älter sind, ist in den Bereichen, wo bereits personelle Anpassungsmaßnahmen durchgeführt wurden, aber weitere Anpassungen notwendig werden, praktisch ausgeschöpft« (Werk und Wir 1/81). Durch die »stahltypische Regelung«, die es Stahlarbeitern unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht, schon mit 55 Jahren auszuscheiden, wird zwar der Personenkreis derjenigen, die aus Altersgründen vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden können, erheblich ausgeweitet, aber trotzdem werden bis 1987 nicht mehr als 3.000 Beschäftigte darüber »unblutig« ausscheiden können. Dabei ist selbst diese Möglichkeit sogar noch gefährdet, denn dem Dortmunder Arbeitsamt entstehen dadurch zusätzliche Kosten von rund 140 Mio. DM (vgl. Die Zeit vom 12. 6. 1981). Gerade wegen der finanziellen Belastung, die so von den Stahlunternehmen auf die Bundesanstalt für Arbeit abgewälzt werden kann, stößt jedoch die »stahltypische Regelung« seit einiger Zeit auf wachsende Kritik (vgl. Westdeutsche Allgemeine vom 4. 10. 1980). Mehr noch: »Der Haushaltsausschuß des Bundestages einigte sich im Januar 1981 auf Richtlinien, die im krassen Widerspruch zu einem Teil der Sozialplan-Varianten im Hoesch-Konzept stehen« (Westdeutsche Allgemeine vom 12. 6. 1981).

Welche Lösungen schließlich übrigbleiben, deutete der Personalchef von Hoesch in einem Interview bereits indirekt an: »Reichen die bisherigen Maßnahmen aus, um die Personalprobleme zu lösen, die in den Hüttenwerken in Zukunft gelöst werden müssen? — Ich fürchte nein. Bereits heute haben wir einen deutlichen Personalüberhang bei Facharbeitern und bestimmten Angestelltengruppen, und die wirtschaftliche Situation des Unternehmens zwingt zu weiteren Rationalisierungsmaßnahmen. ... — Welche anderen Möglichkeiten sehen Sie, diese Probleme zu lösen? — Einen

² selbsterwirtschaftete Finanzmittel aus dem Brutto-Gewinn

³ So fordern gegenwärtig IG Metall, Betriebsrat und Bürgerinitiativen in Dortmund eine vertragliche Absicherung des gesamten »Sanierungsplans« — ähnlich wie im Saarland.

wichtigen Ansatzpunkt sehe ich in dem Versuch, die freiwillige Mobilität der Belegschaft, d. h. die Bereitschaft zum Wechsel des Arbeitsplatzes zu erhöhen. ... Der Erfolg unserer Bemühungen war leider bisher nur sehr gering, weil unsere Belegschaftsmitglieder nur wenig Neigung zeigten, den Arbeitsplatz zu wechseln» (Hüttenkieker 1/81).

Die »Neigung«, sich den Arbeitsplatz mit einer Abfindung abkaufen zu lassen, werden sicherlich einige jüngere Stahlarbeiter verspüren, weil sie auf einen neuen Arbeitsplatz hoffen können, aber auch diese Maßnahme wird kaum ausreichen, um den Belegschaftsabbau im geplanten Umfang durchführen zu können, und was nicht mehr »freiwillig« erreicht werden kann, muß schließlich unter Druck erfolgen: Kündigungen durch das Unternehmen.

Warum haben die Arbeitnehmervertreter diesem »Sanierungsplan« zugestimmt?

Die IG Metall und der Betriebsrat hatten sich nie grundsätzlich gegen einen »sinnvollen Gesundungsprozeß« der Dortmunder Hüttenwerke gesperrt. Sie pochten allerdings darauf, Einfluß zu nehmen, um zu erreichen, daß die Stahlbasis in Dortmund erhalten bleibt und daß der unumgängliche Belegschaftsabbau sozial abgefedert wird, so daß keine Härtefälle auftreten. Da Hoesch die Mittel für eine solche Umstrukturierung keinesfalls aus eigener Kraft aufbringen konnte, mußten sie deshalb auch daran interessiert sein, Hilfen und Unterstützungsgelder für diesen Zweck vom Staat zu fordern. Die IG Metall und der Betriebsrat boten sich insofern für Hoesch als geeignete Fürsprecher beim Wirtschafts- und Finanzminister in Bonn an.

Nach zahlreichen Vorgesprächen legten die Arbeitnehmervertreter am 6. Mai in Bonn ein Memorandum vor. Darin erklärten sie sich bereit, eine »Sanierung« mitzutragen, wenn die »Schaffung eines im wesentlichen von Halbzeuglieferung unabhängigen integrierten Hüttenwerkes« garantiert und eine ausreichende »soziale Flankierung« gewährleistet würde. Als Voraussetzung verlangten sie jedoch von Bund und Land finanzielle Hilfen für die entstehenden Kosten, die auf insgesamt rund 1,5 Mrd. DM beziffert wurden. Eine endgültige Zusage konnten sie trotzdem nicht erreichen. Die Bundesregierung wollte damit warten, bis ein beiderseitig getragenes Konzept mit detailliertem Finanzierungs- und Zeitplan und unter finanzieller Beteiligung von Hoesch selbst vom Aufsichtsrat verabschiedet worden sei.

Der Aufsichtsratsbeschuß vom 29. Mai erfüllt nun diese Vorbedingungen und hat damit den schwarzen Peter wieder an die Bundesregierung zurückgegeben. IGM-Vorstandsmitglied Preiss hat sogar den Eindruck, »daß die Politiker, die Hoesch zuvor zu einem gemeinsamen Konzept gedrängt hatten, inzwischen erschreckt sind, weil ein Konzept da ist« (Westfälische Rundschau vom 17./18. 6. 1981). Der Grund dafür, daß die Arbeitnehmervertreter so schnell dem noch gar nicht abgesicherten Vorstandsplan trotz seiner ganzen Mängel zugestimmt haben, liegt jedoch tiefer. Treibende Kraft bei der Hoesch-Sanierung ist nämlich das Finanzkapital, das wegen der Zuspitzung der Stahlkrise seit einem Jahr verstärkt auf Kostensenkungs- und Rationalisierungsprogramme in der westdeutschen Stahlindustrie drängt.

Die Deutsche Bank stellt nicht nur traditionell den Vorsitzenden im Aufsichtsrat von Hoesch, sondern über das Depotstimmrecht (das Stimmrecht bei der Hauptversammlung der Aktionäre für die ins Depot gegebenen Aktien bei den Banken) verfügen die Großbanken auch über entscheidende Stimmanteile unter den Aktionären, auch wenn sich die Aktien von Hoesch zum überwiegenden Teil in Streubesitz befinden. So vertraten sie bei der letzten Aktionärshauptversammlung im Juni 1980 rund 37 % der Stimmen. Einschließlich der anderen Privatbanken und öffentlichen Geldinstitute erhöht sich der Stimmenanteil der Banken sogar auf rund 70 % (vgl. Die Neue vom 5. 6. 1981). Können sie darüber schon maßgeblichen Einfluß auf die Konzernpolitik nehmen, so besitzen die Großbanken mit den Mitteln ihrer Kreditvergabe auch einen ausschlaggebenden Hebel, mit dem sie die Durchsetzung ihrer Politik erzwingen können. Dieser Hebel wirkt umso mehr, als Hoesch mit 5,4 Mrd. DM hochgradig verschuldet ist und jährlich etwa 500 Mio. DM für Zinsaufwendungen an die Banken abtreten muß. In dem Maße nämlich, wie die finanziellen Eigenmittel von

Hoesch wegen der verminderten Erträge, »oft nur einen Teil der Investitionsausgaben deckten, unterlagen die Hüttenwerke mehr und mehr dem »Zwang zur weiteren Neuverschuldung« (Handelsblatt vom 5./6. 6. 1981), der sie immer stärker an das Finanzkapital band. Der Gesamtkonzern hat inzwischen einen Verschuldungsgrad von 20,9 Mrd. DM (im Vergleich dazu 13,1 Mrd. DM bei Klöckner), »so daß Estel knapp 21 Jahre benötigt, um aus dem Brutto-Cash-Flow heraus seine Nettoverschuldung ausgleichen zu können« (ebda.). Insofern sind die Großbanken — und nicht so sehr der holländische Mutterkonzern — in der Lage, die Unternehmenspolitik weitgehend zu bestimmen.

Da Estel die vertraglich zugesicherte Verlustüberweisung (danach soll Estel Verluste von Hoesch übernehmen) an Hoesch in Höhe von 152 Mio. DM zunächst zurückhielt und vor allen Dingen die Banken mit Ausnahme der Westdeutschen Landesbank keine Kredite und Zwischenfinanzierungen mehr leisteten, war die Zahlungsfähigkeit von Hoesch überhaupt gefährdet und ihm drohte unmittelbar die Pleite. Den Arbeitnehmervertretern blieb deshalb keine Wahl, wollten sie nicht das Risiko eines völligen Bankrotts auf sich nehmen, und »mit der Drohung, noch 1981 Konkurs anzumelden, falls die Vertreter der abhängig Beschäftigten sich quer legen« (Die Neue vom 5. 6. 1981), stimmten sie schließlich auch dem Vorstandsplan zu, ohne daß ihre Vorbedingungen erfüllt worden wären.

Warum reichte die Kraft der Belegschaft nicht aus?

Auf einer Vollversammlung stimmten am 16. Juni auch die Vertrauensleute aller drei Hoesch-Werke dem »Sanierungsplan« zu, wobei sie von den Politikern nun entsprechenden staatlichen Beistand erwarten. Von einer Kampfbereitschaft der Belegschaft zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze kann deshalb zur Zeit keine Rede sein. Stattdessen werden nach wie vor Hoffnungen gesetzt in die Möglichkeiten der Sozialdemokratie, den Stahlarbeitern zu Hilfe zu kommen, und zum überwiegenden Teil geht die Belegschaft auch davon aus, noch mit heiler Haut davonzukommen. Eigene Erfahrungen, die sie darin erschüttert hätten, stehen den Hoesch-Arbeitern erst noch bevor.

Hinzu kommt, daß von einer geschlossenen Abwehrfront gegen die »Sanierung« von Hoesch keineswegs ausgegangen werden konnte, denn im Zusammenhang mit den Verhandlungen über neue Sozialplanrichtlinien waren Differenzen innerhalb der Belegschaft sichtbar geworden. Streitpunkt war dabei insbesondere die Forderung der Konzernleitung, im Unterschied zu früheren Sozialplanregelungen nun auch die Möglichkeit offenzulassen, daß Kündigungen durch das Unternehmen vorgenommen werden. Dagegen sprachen sich mehrheitlich die Betriebsräte von Union und Phoenix aus, während der Betriebsrat der Westfalenhütte, also des Werksteils, das weiterhin aufrechterhalten werden soll, diese Kampfposition mit Ausnahme der DKP-Mitglieder im Betriebsrat räumte und damit einer Regelung zustimmte, die Entlassungen nicht mehr ausdrücklich ausschließt. Auch auf Gesamtbetriebsratsebene wurde schließlich den Konzernwünschen nachgegeben.

Die Kluft, die dadurch zwischen den einzelnen Werksteilen aufgerissen worden war, führte dazu, daß schon am 9. April keine einheitliche Aktion mehr im Hinblick auf die Aufsichtsratssitzung von Hoesch zustandekam. Während die Belegschaft der Westfalenhütte zur Hauptverwaltung am Werk Union zog, organisierten nämlich die Kollegen von Phoenix eine eigene Kundgebung in Dortmund-Hörde. Die Zersplitterung in der Belegschaft wurde dadurch perfekt, auch wenn die Protestdemonstration vor der Hauptverwaltung von spektakulären Aktionen begleitet war. Nachdem die Kollegen der Westfalenhütte auf ihrem Zug durch die Innenstadt bereits zeitweilig den Verkehr lahmgelegt hatten, besetzten einige von ihnen anschließend den Sitzungssaal, in dem der Aufsichtsrat tagen wollte. Auf einem Transparent war außerdem zu lesen: »Hoesch instandbesetzen ist besser als durch Estel kaputtbesetzen«. Im Anschluß an die Kundgebung folgten allerdings die Kollegen, wenn auch zögernd, der Aufforderung des Betriebsratsvorsitzenden, wieder an die Arbeit zu gehen, und bevor die Polizei eingreifen konnte, wurde auch der Sitzungssaal geräumt.

Die Belegschaft hatte damit zwar noch einmal Stärke demonstrieren wollen, aber die Stahlarbeiter orientierten sich

bereits auf die ihnen noch offenstehenden Auswege und individuellen Möglichkeiten, da an einer »Sanierung« nicht mehr zu rütteln war. Die Älteren hoffen auf ihre Frühverrentung, die Jüngeren glauben, den Arbeitsplatz noch wechseln zu können und greifen bereitwillig zu den angebotenen Abfindungen,⁴ und die übrige Belegschaft ist weitgehend damit beschäftigt, sich allmählich auf die bevorstehenden Umstellungen und Versetzungen im Betrieb einzustellen, da sie Einkommensverluste, Dequalifizierungen usw. befürchten müssen.

Der Dortmunder Arbeitsmarkt hat kaum Platz für Hoesch-Arbeiter

Während nun die Belegschaft auf irgendeine Weise versucht, individuell »zu überleben«, greifen die Kollegen nach jedem Strohalm, der sich ihnen bietet. Nur ist gerade der Ausweg für jüngere Kollegen, auf dem Dortmunder Arbeitsmarkt unterzukommen, äußerst schwierig.

Dortmund hat z. Z. im Arbeitsamtsbezirk (mit Lünen, Schwerte) 8,1 % Arbeitslose, das sind über 23.000. Dortmund hält damit eine traurige Spitzenstellung in NRW. Demgegenüber stehen 1.600 offene Stellen im Monat Mai. Die Dortmunder Firmen haben im letzten Jahrzehnt — vorwiegend in den metallverarbeitenden Berufen — über 20.000 Arbeitsplätze abgebaut. Erst im Herbst letzten Jahres wurden aus arbeitsmarktpolitischen Gründen unter dem Druck der Hoesch-Sanierung die Zechen Minister Stein und Gneisenau (Schlußlicht in der Produktion der Ruhrkohle AG) mit ca. 8.000 Beschäftigten erst einmal aus der Schußlinie der Stilllegungen herausgenommen. Sonst wäre das Chaos perfekt.

So gehen auch die Bemühungen des Wirtschaftsförderungsausschusses der Stadt nun hektisch dahin, daß neue Betriebe hier angesiedelt werden. Der Ausschuß stellte jüngst fest: »Bis 1990 müssen in Dortmund 43.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden«. Jahrelang haben hier die Wirtschaftsgrößen aus Stahl und Bergbau eine wirtschaftliche Monostruktur erhalten. Neuansiedlungen wurden vorrangig aus der Angst, die Arbeitskräfte könnten aufgrund der schweren Arbeitsbedingungen abwandern, verhindert. Doch nun überschlagen sich die Aktivitäten. Das ehemals für den Neubau eines modernen Stahlwerks gesicherte Gebiet wurde gleich drei verschiedenen Firmen angeboten (BASF, Mercedes-Benz und für eine Kohlevergasungsanlage). Aber bislang ohne Erfolg. Dortmunds Arbeitsamtsleiter: »Wir sind schon froh, wenn sich bei uns eine Orthopädiechule mit sieben Arbeitskräften ansiedelt« (Die Zeit vom 12. 6. 1981).

Der Einfluß der Sozialdemokratie scheint ungebrochen

Trotz der inzwischen noch zugespitzteren Situation gegenüber dem letzten Herbst — jetzt sind die Konturen der Kahlschlagpolitik klarer umrissen — kann sich die Sozialdemokratie ohne sichtbaren Protest hinstellen und den Aufsichtsratsbeschuß als einen Verfolg verkaufen. Nun sei die Stahlbasis gesichert. Die Konzernleitung hat sich durch die Aufnahme des Stahlwerksneubaus in das Konzept geschickt aus der Schußlinie gezogen. Nun sind die Politiker am Zug. So müssen also die sozialdemokratischen Politiker sich für den Unternehmer die Füße nach Subventionen wund laufen. Die Realisierung dagegen muß ihnen genauso suspekt sein wie jedem denkenden Arbeiter. Nur weil sie die kämpferische Lösung gegenüber der Kapitalmacht scheuen, bleibt ihnen kein anderer Ausweg, als von den Unternehmern für deren Ziele eingespannt zu werden. Sie müssen sich zwangsläufig daran zerreiben und an Einfluß verlieren.

Wieweit es bei dem Problem Hoesch auch um ihr eigenes Überleben hier in Dortmund geht, zeigt sich daran, daß sie sich nicht scheuen, die SPD/FDP-Regierung im »Kampf« um die Subventionen als den neuen Gegner der Hoesch-Belegschaft aufzubauen. Zusammen mit der IG Metall wollen sie nun die Belegschaft für den »Marsch nach Bonn« mobilisieren. Dabei nehmen sie keine Rücksicht auf die Sozialdemokraten in den anderen Stahlbetrieben, schon gar nicht auf die dortigen

Belegschaften. Ein Betriebsratsmitglied von Hoesch antwortete der »Welt der Arbeit« auf die Frage, warum denn nun so schnell der Aufsichtsratsbeschuß gefaßt wurde, daß sie als Erste an die Subventionen ran wollten, da ja auch schon die anderen Stahlbetriebe in den Startlöchern stünden.

Umgekehrt forderte die sozialdemokratische Betriebszeitung bei Klöckner: »Nur 2% von der europäischen Produktion zusätzlich für uns, würde die Hütte vor dem Sterben bewahren. Diese 2% wären möglicherweise vom deutschen Markt zu bekommen, wenn nicht die anderen Konzerne so eigennützig wären. Einige Betriebsratskollegen sprechen von der Solidarität mit den Kollegen der anderen Werke. Wo ist aber deren Solidarität, wo es um unser Überleben, unsere Arbeitsplätze geht?« (Hüttenfuchs Nr. 16 vom Mai 1981).

So werden die einzelnen Belegschaften gegeneinander ausgespielt. Welche Formen dieses Konkurrenzverhalten annehmen wird, wenn es darum geht, vielleicht die wenigen Subventionen zu verteilen, ist noch nicht abzusehen.

Die politischen Kräfte für einen Ausweg sind zu schwach

Die Hoesch-Belegschaft hat in den letzten 12 Jahren viele Kämpfe durchgestanden. Die Auseinandersetzungen um den Stahlwerksneubau reichen allein 10 Jahre zurück. Erst in den letzten zwei Jahren kam die Bedrohung durch die Arbeitsplatzvernichtung dazu. Zu erinnern ist außerdem an den Septemberstreik 1969, den Kampf gegen Fahrpreiserhöhung 1970, den spontanen Streik 1973, an eine Welle von Warnstreiks zu den Tarifrunden und zuletzt noch an den großen Stahlarbeiterstreik 1978/79 um die 35-Stunden-Woche. Nur setzen sich diese massiven Erfahrungen nicht geradewegs in Kampfkraft um, zumal insgesamt das Vertrauen der Belegschaft in sozialpartnerschaftliche Lösungsmöglichkeiten noch zu wenig erschüttert ist. Dieser politische Erfahrungsprozeß konnte auch von den Linkskräften (DKP, RGO, linke Sozialdemokraten und Unabhängige) kaum aufgearbeitet und für die Belegschaft umgesetzt werden. Die vorhandenen Ansätze sind politisch noch sehr unterschiedlich, der Verständigungsprozeß untereinander läuft sehr mühsam, zum Teil gar nicht.

So war es auch immer wieder möglich, daß aktive Kräfte, die in den Auseinandersetzungen in den Vordergrund rückten, von der Sozialdemokratie und der IG Metall eingebunden werden konnten. Diese Schwäche der linken Kräfte hat auch dazu beigetragen, daß sie nicht zur Speerspitze der Belegschaft gegen die Macht der Hoesch-Kapitalisten werden konnten. Hauptursache bleibt allerdings, daß die Belegschaft insgesamt keinen kollektiven, kämpferischen Ausweg sucht. Deshalb hätte hier selbst eine geeinigte Linke wenig Erfolg, den Kahlschlag aufzuhalten.

Nun braucht die Belegschaft immer etwas Zeit, bis sich die Konsequenzen der Unternehmerpolitik auch in ihrem Bewußtsein niederschlagen. Deshalb wäre es auch falsch, schon jetzt den Grabgesang auf Hoesch anzustimmen. Die Reibungspunkte für die Zukunft werden vermutlich die Entlassungen werden, ohne die der Hoesch-Vorstand entgegen seiner Aussage, bei genauerer Betrachtung der Sachlage, nicht herumkommen wird. Hinzu wird der von der IG Metall und der örtlichen Sozialdemokratie betriebene »Kampf« um die staatlichen Subventionen kommen.

Aufgrund der gesamten Auseinandersetzungen um die Arbeitsplatzvernichtung in den einzelnen Stahlbetrieben geht inzwischen kein Weg daran vorbei, daß sich die politischen, aktiven Kräfte zusammensetzen, um Erfahrungen auszutauschen und zu verhindern, daß die Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden.

Wir Dortmunder Genossinnen und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik haben es in den ganzen Auseinandersetzungen nicht geschafft, Einfluß zu nehmen. Wir sind, das müssen wir nüchtern feststellen, in der Beobachter-Position geblieben. Wir können nur mit unseren wenigen Möglichkeiten unterstützend wirken und mithelfen, Kontakte zu den anderen Stahlbetrieben herzustellen.

⁴ So interessierten sich fast 650 Beschäftigte für eine befristete Abfindungsaktion, die für bestimmte Arbeitskräfte angeboten wurde. Inzwischen haben auch schon 203 Beschäftigte, zumeist jüngere Facharbeiter, einen Aufhebungsvertrag unterschrieben.